

INDONESIEN

DR. JAN WOISCHNIK
PHILIPP MÜLLER

11. Juli 2014

www.kas.de/indonesien

Politischer Vulkanausbruch in Indonesien

HOFFNUNGSTRÄGER JOKOWI LIEGT NACH VORLÄUFIGEM ERGEBNIS DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN VORNE

Indonesien 16 Jahre nach *Reformasi* erneut vor politischer und sozialer Zeitenwende?**Zusammenfassung**

- Nach dem Ende der Suharto-Ära 1998 haben im viertgrößten Land der Welt am 9. Juli 2014 bereits die dritten direkten Präsidentschaftswahlen stattgefunden. Mehr als 190 Millionen Wähler waren aufgerufen, einen Nachfolger für den scheidenden Staatspräsidenten Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) zu wählen, der nach zwei Amtszeiten nicht mehr kandidieren durfte. In Indonesien ist der Präsident Regierungschef und zugleich Staatsoberhaupt.
- Es ist wahrscheinlich, dass der bisherige Gouverneur der Hauptstadt Jakarta, Joko Widodo („Jokowi“) und sein Vize Jusuf Kalla, die Wahlen gewonnen haben. Sie erhielten nach der vorläufigen Auszählung der Stimmen („quick counts“) und den Angaben der beiden renommiertesten Umfrageinstitute 52,80% der Stimmen (SMRC-LSI¹) bzw. 52,34% der Stimmen (KOM-

PAS²). Das rivalisierende Tandem aus Ex-General Prabowo Subianto und Vize Hatta Rajasa konnte hingegen nur 47,20% bzw. 47,66% der Stimmen erzielen. Auch die Ergebnisse aller anderen seriösen Institute gehen in die gleiche Richtung, mit nur unwesentlichen Abweichungen hinter dem Komma. Die amtlichen Endergebnisse werden für den 22. Juli 2014 erwartet. Allerdings zeigen die Erfahrungen mit vorhergehenden Wahlen in Indonesien, dass die „quick counts“ in der Regel sehr nah am endgültigen Wahlergebnis liegen.

- Trotz des sich daraus ergebenden Vorsprungs von rund 5 Prozent der Stimmen, was angesichts der Wahlbeteiligung in Höhe von ca. 70 Prozent einer Anzahl von mehr als 6 Millionen Wählern entspricht, hat sich Prabowo bislang geweigert, Jokowi's Sieg anzuerkennen. Er bittet darum, bis zum 22. Juli abzuwarten – was ja durchaus legitim ist. Staatspräsident SBY hat beide Parteien darum gebeten, öffentliche Siegesfeiern zu unterlassen und zunächst die amtlichen Endergebnisse abzuwarten.
- Jokowi, dessen Vier-Parteien-Koalition im Nationalparlament auf

1

<http://www.saifulmujani.com/blog/2014/07/09/jokowi-jk-menangi-pilpres-2014>2 <http://indonesiasatu.kompas.com/hitungcepat>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

DR. JAN WOISCHNIK

PHILIPP MÜLLER

11. Juli 2014

www.kas.de/indonesien

Unterstützung anderer Parteien angewiesen sein wird, steht vor allem für eine protektionistische Wirtschaftspolitik, Korruptionsbekämpfung, Reformen im Bereich Rechtsstaat und Bürokratie sowie die Forderung nach einer geistig-moralischen Wende.

- Das vorläufige Ergebnis ist eine Bestätigung der vorangegangenen Parlamentswahlen vom 9. April 2014, die Jokowi's Partei, die bisherige Oppositionspartei PDI-P („Kämpferische Demokratische Partei Indonesiens“), mit einem Stimmenanteil von 18,95 Prozent gewonnen hatte. Zur Nominierung eines Präsidentschaftskandidaten waren allerdings mindestens 25 Prozent der Stimmen notwendig, sodass bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen auf allen Seiten Koalitionsgespräche geführt werden mussten.
- Jokowi's potenzieller Sieg ist vor allem eine Zustimmung zu seiner Person und nicht zu der hinter ihm stehenden Parteienkoalition oder gar deren Programmatik. Zur Wahl standen zwei völlig unterschiedliche Charaktere: der als impulsiv geltende und der Menschenrechtsverbrechen bezichtigte Ex-Militär Prabowo Subianto sowie der als integer, geradezu schüchtern und volksnah auftretende Senkrechstarter Jokowi. Er hat keine Militärvergangenheit, gehört auch keiner der typischen Politikdynastien an und ist damit gleichsam der Antityp der indonesischen Politik.
- Der kometenhafte Aufstieg Jokowi's und dessen sich abzeichnender Wahlsieg bei den Präsidentschaftswahlen garantieren allerdings keineswegs den von vielen Indonesiern ersehnten tiefgreifenden Wandel der politischen Kultur des Landes und die Lösung drängender sozialer, politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen. Jokowi's

fehlende Machtbasis in Regierungspartei und Nationalparlament, unausgereifte Politikentwürfe und die chronisch ineffiziente Bürokratie des Landes stellen die größten Herausforderungen dar.

Das nach Bevölkerungszahl viergrößte Land der Welt hat in einer direkten Wahl einen neuen Staats- und Regierungschef bestimmt und setzt damit seine demokratische Erfolgsgeschichte fort. Doch diesmal ist vieles anders, zu lange hatte es unter der Oberfläche Indonesiens gebrodelt: ein Sieg von Joko Widodo („Jokowi“), bis zuletzt Gouverneur der Hauptstadt Jakarta, wäre mehr als eine turnusgemäße Ablösung des scheidenden Susilo Bambang Yudhoyono (SBY), der nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten durfte und das regional wie international aufstrebende G20-Land in den letzten zehn Jahren vor allem wirtschaftlich vorangebracht hatte. Vielmehr ist der 53-jährige Jokowi und sein kometenhafter Aufstieg binnen weniger Monate ein Ausbruch des großen Verlangens nach einer neuen politischen Kultur fernab von Korruption, Patronage, Nepotismus, Willkür und Machtmissbrauch. Trotz dieses „Jokowimentums“ bleibt abzuwarten, ob sich mit seinem Wahlsieg auch die Hoffnungen vieler Indonesier auf einen tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Wandel sowie die Lösung aktueller sozioökonomischer Herausforderungen ihres Landes erfüllen.³

Mit dem Ausgang der Wahlen hat sich nicht nur der Favorit durchgesetzt, auch der Trend der Parlamentswahlen vom April des Jahres wurde zumindest vorläufig bestätigt. Jokowi's Partei, die als links-liberal und gleichzeitig nationalistisch beschrieben werden kann, war bislang Oppositionspartei und hatte bereits die Wahlen zum indonesischen Nationalparlament gewonnen. Im Gegensatz zur vorangegangenen Wahl 2009 konnte sich die Partei von Megawati Sukarnoputri, Tochter des ehemaligen Präsidenten und Staatsgründers Sukarno, um mehr

³ Die Autoren danken Vanessa Diedrich für die Mitarbeit bei der Recherche zu diesem Artikel.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

DR. JAN WOISCHNIK
PHILIPP MÜLLER

11. Juli 2014

www.kas.de/indonesien

als fünf Prozentpunkte auf aktuell 18,95 Prozent steigern und ist damit nach Jahren der Opposition neue stärkste Kraft im Nationalparlament. Dort tummeln sich wie in der Vergangenheit traditionell viele Parteien, diesmal schafften zehn von ihnen den Sprung über die 3,5 Prozent-Hürde. Prabowos Partei, die stark nationalistische GERINDRA, wurde erst 2008 gegründet und landete bei den Parlamentswahlen auf dem dritten Platz. Sie kam auf über 11,79 Prozent der Wählerstimmen und konnte damit ihr Ergebnis gegenüber 2009 (4,46 Prozent) um über sieben Prozentpunkte verbessern.⁴

Analyse des Wahlergebnisses: Faszination Mensch

Traditionell spielen Personen in Indonesiens Politik eine weitaus größere Rolle als Parteien oder deren Programmatik. 2004 gewann Susilo Bambang Yudhoyono vor allem deshalb, weil er sich erfolgreich als Saubermann in einer von Korruptionsaffären nur so triefenden politischen Klasse darstellen konnte. Mit der Präsidentschaftswahl 2014 erreichte das personenzentrierte Wahlverhalten der Indonesier eine nie dagewesene Bedeutung, da den Wählern mit Jokowi und Prabowo zwei Kandidaten zur Auswahl standen, die unterschiedlicher nicht hätten sein können.

Der sich nach den vorläufigen Auszählungen abzeichnende Wahlsieg Jokowi ist deshalb in erster Linie mit der großen Zustimmung zu seiner Person zu erklären. Gewonnen haben Ehrlichkeit, Bescheidenheit und Zurückhaltung eines gewöhnlichen Muslims von der Hauptinsel Java. Jokowi verkörpert damit das absolute Gegenteil des etablierten Politikertypus in Indonesien: er ist bescheiden und volksnah, gilt als ehrlich und unbestechlich, kommt nicht aus einer Oligarchen-Familie und hat auch keine Ver-

gangenheit im Militär. Insbesondere ist er nicht Teil der zur Genüge bekannten Clique von Politikern, die bereits zu Suharto-Zeiten politisch aktiv gewesen ist und derer viele Indonesier inzwischen überdrüssig sind. Seine Vorliebe für Heavy-Metal-Musik und die rot-blauen Karohemden machten ihn vor allem bei der jüngeren Bevölkerung Indonesiens sehr beliebt. Der 53-jährige ehemalige Möbelhändler aus Surakarta ist seit 2012 Gouverneur der Hauptstadt und Megacity Jakarta. Seitdem ging es für ihn steil nach oben, innerhalb weniger Monate stieg er zum neuen Superstar und Medienliebling der indonesischen Politik auf. Er selbst hatte sich lange Zeit nur vage zu einer möglichen Präsidentschaftskandidatur geäußert und auf die Parteichefin Megawati Sukarnoputri und deren Entscheidungsbefugnis verwiesen. Die Tochter des Staatsgründers Sukarno, die von 2001-2004 selbst Präsidentin des Inselreiches war, hatte sich von den hohen Zustimmungswerten Jokowi überzeugen lassen und ihn letztendlich kurz vor den Parlamentswahlen als Spitzenkandidaten ihrer Partei für die darauffolgenden Präsidentschaftswahlen bekannt gegeben.

Auf der gegnerischen Seite stand Prabowo Subianto, hochrangiger Ex-Militär und ehemaliger Schwiegersohn des langjährigen Staatschefs Suharto. Er ließ im Wahlkampf keine Gelegenheit aus, sich als „starker Mann“ darzustellen: so ritt er beispielsweise auf dem Rücken eines weißen Pferdes in ein Stadion ein, um sich von seinen Anhängern ganz nach Feldherren-Manier feiern zu lassen. Als ehemaliger General und Militär war es für ihn leicht, sich als entscheidungsstarken und durchsetzungsfähigen Führer zu inszenieren. Faszination übte er vor allem auch deshalb aus, weil der bisherige Staatspräsident Yudhoyono gerade in seiner zweiten Amtszeit mit Entscheidungsschwäche, fehlender Führung und Unentschlossenheit assoziiert wurde. Kritiker werfen ihm vor, dass er zwar die Wirtschaftskraft des Landes vorangebracht hatte – während seiner Amtszeit wuchs das BIP um durchschnittlich fünf bis sechs Prozent – zentrale politische Reformen und die Durchsetzung gesetzlich garantierter Minderheitenrechte allerdings sträflich vernachlässigt habe.

⁴ Für ausführliche Informationen zu den Parlamentswahlen vom 9. April siehe Jan Woischnik und Philipp Müller, Parlamentswahlen in Indonesien – Erste Anzeichen einer zweiten reformasi?, KAS Länderberichte, 10. April 2014, online unter <http://www.kas.de/indonesien/de/publications/37422/>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

DR. JAN WOISCHNIK

PHILIPP MÜLLER

11. Juli 2014

www.kas.de/indonesien

Auch was die Vergangenheit betrifft unterschied sich Prabowo deutlich von seinem Kontrahenten Jokowi: dem ehrgeizigen Ex-General werden im Zusammenhang mit dem Verschwinden von Studenten bei den Unruhen 1998 sowie seiner Zeit als General in Ost-Timor Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen. Die USA haben ihn deshalb mit einem Einreiseverbot belegt. Obwohl seine fragwürdige Vergangenheit im Wahlkampf vor allem vom politischen Gegner immer wieder zur Sprache gebracht wurde, tat sie seiner Beliebtheit bei den indonesischen Wählern keinen großen Abbruch. Prabowo war bis zur Bekanntgabe von Jokowi's Kandidatur monatelang sogar Favorit auf das Amt des Staatspräsidenten und ließ bis dato alle anderen Kandidaten deutlich hinter sich.

Vor dem Wahltag: abenteuerliches Feilschen um Machtoptionen, Koalitionspartner und den Posten des Vizepräsidenten

Seit 2004 werden der Präsident und sein Stellvertreter als Tandem direkt vom Volk gewählt. Um überhaupt als Bewerber für das höchste Amt des Staates kandidieren zu können, muss die entsprechende Partei in den vorausgegangenen Parlamentswahlen 20 Prozent der Sitze im Parlament oder 25 Prozent der Wählerstimmen erhalten haben. Keine einfache Voraussetzung, und im indonesischen Mehrparteiensystem in der Regel kaum möglich ohne ausgeklügelte Koalitionsbildung. Hinzu kommt, dass sich Indonesiens Parteien nur schwerlich in einem Rechts-Links-Schema verorten lassen. Stattdessen sind sie in der Regel entweder national oder religiös ausgerichtet, wobei auch hier die Unterschiede immer kleiner werden. Ohnehin weisen die wenigsten eine klare programmatische Ausrichtung auf oder lassen sich gar einer klaren Ideologie zuordnen. Es ist daher wenig überraschend, dass die Popularität der Kandidaten eine weitaus größere Rolle spielt als die von der Partei vertretenen inhaltlichen Positionen.

Entsprechend ergebnisoffen wurden die Koalitionsverhandlungen nach dem Ausgang der Parlamentswahlen vom 9. April geführt. Bereits wenige Tage später verkündete der

bekannte Medienmogul Surya Paloh, Jokowi bei der Präsidentschaftswahl zu unterstützen. Palohs Partei NasDem konnte bei den vorangegangenen Parlamentswahlen einen beachtlichen Stimmenanteil von 6,8 Prozent gewinnen, die PDI-P hatte wie gesagt 18,95 Prozent erlangt. Somit war Jokowi's Nominierung als Präsidentschaftskandidat bereits zu diesem frühen Zeitpunkt verfassungsrechtlich gesichert. In den folgenden Wochen erklärten zudem die gemäßigte islamische PKB sowie HANURA, eine von Ex-Militärchef Wiranto geführte Partei, ihre Unterstützung für den Senkrechstarter Jokowi.

Indonesiens politische Kultur ist traditionell stark von Aushandlungsprozessen und machtpolitisch motivierten Zugeständnissen gekennzeichnet. Umso bemerkenswerter war es, dass weder NasDem noch PKB oder HANURA von Jokowi eine offensichtliche Gegenleistung für ihre Unterstützung verlangten und beispielsweise den Posten als Vize-Präsident beanspruchten. Dieser ging – nachdem Namen wie der Vorsitzende der nationalen Anti-Korruptionsbehörde KPK, Ahmad Samad und PKB-Politiker Mahfoud MD kursierten – stattdessen letztendlich an Jusuf Kalla. Der Unternehmer, Politik-Veteran und ehemalige Vorsitzende der Partei GOLKAR genießt im Volk großes Ansehen und hat entscheidend zu den erfolgreichen Friedensverhandlungen in der nun semi-autonomen Provinz Aceh im Westen Indonesiens beigetragen. Er ist Vorsitzender des indonesischen Roten Kreuzes und betreibt umfangreiches soziales Engagement. Zudem verfügt er vor allem in seiner Heimat, der Provinz Sulawesi, sowie auf Java über beachtlichen politischen Rückhalt. Außerdem hatte er bereits in seiner Funktion als Vizepräsident von SBY in dessen erster Amtszeit von 2004-2009 bewiesen, dass er ein durchsetzungsstarker Politstratege ist. Denn obwohl mittlerweile auch die Parteien HANURA und PKB ihre Unterstützung für Jokowi erklärt hatten, war klar, dass die Koalition um Jokowi insgesamt nur 207 von 560 Sitze, und damit lediglich 40 Prozent der Abgeordneten im Nationalparlament umfassen würde. Für Kalla sprach deshalb auch, dass er vor dem Hintergrund eines in Zukunft voraussichtlich mehrheitlich opposi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

DR. JAN WOISCHNIK
PHILIPP MÜLLER

11. Juli 2014

www.kas.de/indonesien

tionellen Nationalparlaments über die nötigen Verhandlungs- und Überzeugungsqualitäten verfügt, um für die Maßnahmen und Projekte einer möglichen Jokowi-Regierung auch die entsprechenden parlamentarischen Mehrheiten zu generieren. Genau diese Eigenschaften waren es, die manche innerhalb der PDI-P allerdings an Kallas Eignung als Jokowi's Vize zweifeln ließen. Ob sich deren Befürchtungen, Kalla könnte aufgrund seines großen Erfahrungsschatzes, seines persönlichen Charismas und der parteiübergreifenden Beliebtheit zum eigentlichen Präsidenten avancieren, als richtig herausstellen, bleibt indes abzuwarten. Auf den ersten Blick erscheint Kalla als intelligente Wahl, da er die strukturellen Defizite des auf nationaler Ebene unerfahrenen Jokowi mit Sicherheit kompensieren kann.

Sein Widersacher Prabowo hingegen hatte bereits Anfang Mai eine Koalition mit den islamischen Parteien PPP, PKS und PAN verkündet - und dies, obwohl er und seine Partei GERINDRA in der Vergangenheit als besonders nationalistisch aufgefallen waren. Im indonesischen Parteienspektrum sind die Grenzen zwischen traditionell eher nationalistischen und religiösen Parteien in den letzten Jahren zusehends verwässert. Hinzu kommt, dass ideologische und programmatische Überzeugungen immer kleiner werden, je näher der Griff nach politischer Macht rückt. Damit sicherten ihm drei der vier Parteien des islamischen Blocks ihre Unterstützung zu, die bereits unter Yudhoyono Teil der Regierungskoalition waren. Allerdings verliefen auch diese Koalitionsverhandlungen nicht ohne Widersprüche: während der Vorsitzende der PPP, Suryadharma Ali, beispielsweise von Anfang an für eine Koalition seiner Partei mit Prabowo plädierte, äußerte die Basis der Partei lange Zeit Sympathien für Jokowi.

Wie Jokowi hatte sich auch Prabowo einen auf nationaler Ebene äußerst erfahrenen Politiker als Vize-Präsidentenskandidaten an die Seite geholt. Hatta Rajasa, zuletzt koordinierender Minister für Wirtschaft und damit eine der Schlüsselpersonen in Yudhoyonos Kabinett, ist Vorsitzender der gemäßigt islamischen Partei PAN und blickt auf 13 Jahre Regierungsverantwortung in

unterschiedlichen Positionen zurück. Er gilt als dezidierter Wirtschaftsfachmann und stellte dies unter Beweis, als er die von Prabowo im Wahlkampf propagierte Verstaatlichung des Bergbausektors kommentierte und darauf hinwies, dass es sich um langfristige Verträge mit internationalen Kooperationspartnern und Firmen handle, deren Aufkündigung für Indonesien gerichtliche Folgen haben könnte.

Zur Rolle von GOLKAR und PD im „Horse Trading“ vor der Wahl

Dass am Ende nur zwei Kandidatenpaare zur Wahl stehen würden, war keineswegs von vornherein klar. GOLKAR, die stolze ehemalige Staatspartei Suhartos und somit eine zentrale Säule seiner autoritären Herrschaft, war aus den Parlamentswahlen im April mit knapp 15 Prozent als zweitstärkste Partei hervorgegangen, dementsprechend machtbewusst trat der Parteichef Aburizal Bakrie, einer der reichsten Männer des Landes, auch auf. Allerdings waren seine Zustimmungswerte nie besonders hoch, parteiintern und auch in der Öffentlichkeit war der ehemalige Minister stets umstritten, nicht zuletzt weil einem seiner Unternehmen eine gewisse Mitschuld an einer Schlammkatastrophe in Lapindo im Osten Javas gegeben wird. Bakrie hatte sich anfangs an die Regierungspartei Partai Demokrat (PD) gewandt und versucht, den PD-Politiker Pramono Eddie Wibowo als seinen Vize zu gewinnen, um selbst als Präsident antreten zu können. Als ihn die PD abblitzen ließ und sich für Neutralität entschied, war gleichzeitig auch klar, dass GOLKAR erstmals in der Geschichte keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufstellen würde. Anschließend versuchte Bakrie sein Glück bei der PDI-P und bot sich dort als Vizepräsident für Jokowi an. Allerdings berichten Beobachter, dass er als Gegenleistung für seine Unterstützung zu viele politische und personelle Zugeständnisse von Parteichefin Megawati gefordert hätte, sodass auch diese ihn nicht in ihre Koalitionsüberlegungen einbeziehen wollte. Letztendlich erfolgreich war Bakrie dann bei GERINDRA und ihrem Spitzenkandidaten Prabowo, der im Falle seines Wahlsieges den Wunsch Bakries nach einem „Menteri Utama“, einer Art koordinie-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

DR. JAN WOISCHNIK
PHILIPP MÜLLER

11. Juli 2014

www.kas.de/indonesien

rendem Ministeramt, zu erfüllen versprach. Das war insofern von Bedeutung, weil Prabowo's Koalition mit Unterstützung Bakries und GOLKAR auf nominell 49 Prozent der Parlamentssitze, und damit die parlamentarische Mehrheit, kommt. Bakries Suche nach passenden Koalitionspartnern war schlussendlich aber selbst für die in Sachen parteipolitischer Flexibilität erprobten GOLKAR-Mitglieder zu viel. Es folgten intensive innerparteiliche Auseinandersetzungen, die darin gipfelten, dass einige prominente GOLKAR-Politiker von ihrem Vorsitzenden Bakrie und dessen Unterstützung für Prabowo Abstand nahmen und sich stattdessen offen für Jokowi stark machten. Als Jusuf Kalla, ehemaliger GOLKAR-Vorsitzender und noch immer eine Ikone der Partei, als Jokowi's Vize fest stand, war die Zerrissenheit komplett.

Eine besondere Rolle spielte auch die bisherige rechts-liberale und nationalistische Regierungspartei PD (Partai Demokrat). Die von Yudhoyono gegründete Partei war seit 2004 an der Spitze der Regierung und konnte nach einer erfolgreichen ersten Legislaturperiode bei den Wahlen 2009 einen regelrechten Erdrutschsieg einfahren. Bei den Parlamentswahlen im April 2014 war sie allerdings aufgrund massiver Korruptionsskandale die große Verliererin und rutschte auf knapp zehn Prozent (vgl. 21 Prozent bei Wahlen 2009) ab. Parteichef Yudhoyono entschied sich trotz eines aufwendig inszenierten, internen Parteikonvents zur Kür eines Spitzenkandidaten letztendlich aufgrund niedriger Zustimmungswerte gegen einen eigenen Präsidentschaftskandidaten. Auch wollte er sich bis zuletzt nicht für die Unterstützung eines der beiden Lager aussprechen, sodass sich die PD bis ganz kurz vor dem Wahltag für keines der beiden Lager stark machte. Dann sagte sie in letzter Sekunde doch noch dem Prabowo-Lager ihre Unterstützung zu – allerdings ohne, dass SBY selbst sich in dieser Richtung geäußert hätte. Ob die PD nach der sich abzeichnenden Wahlniederlage Prabowo's nun auch im täglichen Parlamentsbetrieb in der Opposition verharren wird, kann heute nicht vorhergesagt werden. Ihre 61 Abgeordneten könnten einem möglichen Regierungschef Jokowi in vielen Vorhaben wertvolle parlamentari-

sche Unterstützung beschieren. Dagegen spräche lediglich, dass enge persönliche Bande ins Prabowo-Lager bestehen: einer der Söhne Yudhoyonos ist mit der Tochter von Vize-Präsidentschaftskandidat Hatta Rajasa verheiratet.

Der „Faktor Islam“ im Wahlkampf

Indonesien ist das größte muslimische Land der Welt, 88 Prozent der rund 245 Millionen Einwohner bekennen sich zum Islam. Auch wenn das Land keine islamische Staatsform besitzt, spielen die muslimische Religion, deren Wert- und Moralvorstellungen sowie einzelne Rechtsvorschriften beispielsweise in Form sogenannter bylaws auf regionaler Ebene in der Politik des Landes dennoch eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Seit der reformasi 1998 und der Gründung zahlreicher Parteien fungieren zudem islamische Parteien in vielen Wahlen als Zünglein an der ausgefeilten indonesischen Koalitionswaage. Auch im Wahlkampf 2014 versuchten beide Spitzenkandidaten, sich die Unterstützung der islamischen Parteien wie PKS, PPP, PAN und PKB zu sichern.⁵ Noch stärker wirkt der Faktor Islam allerdings in der Gesellschaft, gerade in West-Java, dem bevölkerungsreichsten und oftmals auch Wahl entscheidenden Teil des Inselarchipels. Dementsprechend groß waren deshalb die Anstrengungen der beiden Spitzenkandidaten im Wahlkampf, die jeweilige Zustimmung der konservativen muslimischen Wählerschichten zu erhöhen. Jokowi, der immer wieder als abangan, d.h. „cultural“ bzw. nicht-strenggläubiger Muslim bezeichnet wird, hatte sich bereits kurz nach den Parlamentswahlen mit Funktionären der Nahdatul Ulama (NU), der mit 40 Millionen Mitgliedern größten muslimischen Massen-

⁵ Die islamischen Parteien hatten bei den zurückliegenden Parlamentswahlen im April 2014 leichte Zugewinne verbuchen können. Ausführliche Informationen dazu: Jan Woischnik und Philipp Müller, Parlamentswahlen in Indonesien – Erste Anzeichen einer zweiten reformasi?, KAS Länderberichte, 10. April 2014, online unter

<http://www.kas.de/indonesien/de/publications/37422/>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

DR. JAN WOISCHNIK

PHILIPP MÜLLER

11. Juli 2014

www.kas.de/indonesien

organisation des Landes, getroffen.⁶ Die Gespräche schienen sich wenig später bereits auszuzahlen, als nämlich die gemäßigte muslimische Partei PKB, die der NU nahesteht, ihre Unterstützung für Jokowi erklärte. Auch die Entscheidung für Jusuf Kalla als Jokowi's Vize dürfte nicht zuletzt vor dem Hintergrund der gewünschten Ansprache religiöser Wähler gefällt worden sein. Kalla ist in mehreren islamischen Verbänden engagiert und unter anderem Vorsitzender der indonesischen Moscheenvereinigung, er genießt vor allem bei gläubigen Muslimen auf dem Land hohe Wertschätzung.

Prabowo hatte ebenfalls die muslimische Massenorganisation NU im Blick, als er Mahfud MD, der lange Zeit als eigener Präsidentschaftskandidat der PKB bzw. Jokowi's Vize gehandelt wurde, zu seinem Wahlkampfmanager machte. Als ehemaliger Vorsitzender des Verfassungsgerichts, Verteidigungsminister und Abgeordneter genießt Mahfud MD bei vielen Muslimen Indonesiens große Wertschätzung. Des Weiteren versuchte Prabowo, muslimische Wählerstimmen zu gewinnen, indem er die übrigen muslimischen Parteien PAN, PPP und PKS in sein Koalitionsboot holte. Dabei hinderte ihn auch nicht, dass seine Partei GERINDRA und er selbst eher für starken Nationalismus und weniger für religiösen Wertebezug bekannt sind. Wenn es um politischen Einfluss und reale Machtoptionen geht, werden die ohnehin geringen ideologischen und programmatischen Unterschiede indonesischer Parteien oftmals zur Makulatur. (Selbst Jokowi, der sich für eine Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverbrechen des indonesischen Militärs stark machte, hatte keine Einwände, als HANURA, die Partei des ehemaligen Armee-Chefs Wiranto, ihre Unterstützung für den Hoffnungsträger bekanntgab.) Der gleiche machtpolitische Instinkt erklärt auch, weshalb sich Prabowo und Hatta im Wahlkampf nicht ausdrücklich von den Hardlinern der FPI (Front Pembela Is-

lam d.h. Front zur Verteidigung des Islams) und anderen Vigilantengruppen distanziert hatten. Den teilweise beachtlichen politischen und gesellschaftlichen Einfluss solcher immer wieder gewalttätigen Gruppierungen sollte man sich nicht entgehen lassen, so das Kalkül. Zwar machten weder Prabowo noch Hatta sich deren fundamentalistische Tendenzen zu eigen, ein Verzicht auf mögliche Wählerstimmen aus diesem Umfeld kam für sie aber ebenfalls nicht in Frage.

Jokowi's Programm: wirtschaftlicher Nationalismus, außenpolitische Kontinuität und mentale Revolution

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes standen hauptsächlich die unterschiedlichen Persönlichkeiten der beiden Präsidentschaftskandidaten, nur vereinzelt kam es zur (meist oberflächlichen) Diskussion von Sachfragen. Wenn inhaltliche Auseinandersetzungen stattfanden, spielten hauptsächlich die Themen Wirtschaft und Entwicklung eine Rolle.

Jokowi, dessen Partei PDI-P als moderat links und zugleich nationalistisch einzuschätzen ist, machte im Wahlkampf keinen Hehl daraus, dass er die Wirtschaftspolitik seines Vorgängers Yudhoyono als zu „neoliberal“ einschätzt. Kritiker werfen dem scheidenden Staatschef vor, er habe das Land zwar in den erlesenen Club der G20-Staaten geführt, gleichzeitig aber auch die Schere zwischen Arm und Reich zu sehr vergrößert. Um den Anstieg der sozialen Ungleichheit in den letzten Jahren zu bekämpfen, will Jokowi den landesweiten Mindestlohn anheben. Die Abhängigkeit Indonesiens vom Ausland müsse ebenfalls verringert werden: in den Bereichen Lebensmittel und Energie müssten Importe eingeschränkt und stattdessen inländische Firmen unterstützt werden. So soll Indonesien bis spätestens 2018 nicht mehr auf Reis- und Weizenimporte angewiesen sein. Einheimische Öl- und Gas-Unternehmen sollen zusätzlich Anreize erhalten, um die Energieproduktion im Land weiter voranzutreiben. Ausländische Firmen dürften nicht länger primär zur Ausbeutung indonesischer Rohstoffe beitragen, sondern müssten verstärkt auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze im

⁶ Jokowi looks for Muslim support, Jakarta Post, May 22, 2014, online at

<http://www.thejakartapost.com/news/2014/03/22/jokowi-looks-muslim-support.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

DR. JAN WOISCHNIK

PHILIPP MÜLLER

11. Juli 2014

www.kas.de/indonesien

Land abzielen. Deshalb werde er auch das unter Yudhoyono beschlossene Exportverbot für unverarbeitete Rohstoffe aufrechterhalten. Damit könne ein erster Schritt hin zu einer verarbeitenden und produzierenden Industrie gegangen werden, um eine der größten Herausforderungen – die niedrige Wertschöpfungskette der indonesischen Wirtschaft – anzugehen. Alle diese Vorhaben haben auf den ersten Blick eine klar protektionistische Komponente. Gleichzeitig machte Jokowi vor Vertretern ausländischer Investoren aber deutlich, dass er ebenfalls an einer Verbesserung des Investitionsklimas durch den Abbau bürokratischer Hürden arbeiten werde. Hinzu kommt, dass sich die protektionistischen und gegen das Ausland gewandten Aussagen Prabowo im Wahlkampf im Vergleich weit extremer ausnahmen.

Die staatlichen Subventionen des Benzinspreises hatten in den letzten Jahren den indonesischen Staatshaushalt stark belastet. Jokowi hat angekündigt, die Subventionen über einen Zeitraum von fünf Jahren graduell zu verringern. Daraus könnten jährlich 30 Milliarden US-Dollar eingespart werden, die in die Verbesserung der maroden Infrastruktur und den Bau neuer Straßen, Flughäfen und Häfen fließen sollen. 2.000 Straßenkilometer, zehn neue Flughäfen und zehn neue Seehäfen sollen so entstehen.

In den Bereichen Bildung und Gesundheit blieb Jokowi den aus seiner bisherigen politischen Tätigkeit bekannten Grundideen treu. Alle Indonesier sollten die Möglichkeit auf eine staatlich finanzierte, 12-jährige Schulausbildung erhalten („Indonesia Pintar“ bzw. „Schlaues Indonesien“). Vor dem Hintergrund des Verfalls moralischer Werte, so Jokowi und sein Wahlkampfteam, solle zukünftig vor allem Wert auf Staatsbürgerkunde, Geschichte, Patriotismus und Charakterbildung gelegt werden. Die Kosten für die Gesundheitsversorgung sollten ebenfalls vom Staat übernommen werden und jedem Zugang zu ärztlichen Leistungen garantieren. Bereits während seiner Amtszeit als Gouverneur der Hauptstadt Jakarta hatte Jokowi eine kostenlose Krankenversicherung für Bedürftige eingeführt.

Reformieren will Jokowi auch die Bereiche Rechtsstaat und Bürokratie, wo zukünftig strengere Qualitätskriterien bei der Personalauswahl gelten und öffentliche Dienstleistungen verbessert werden sollen. Religiöse Intoleranz soll bekämpft und der Minderheitenschutz ausgebaut werden. Außerdem machte er sich für die Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverstöße und eine umfassende Vergangenheitsbewältigung stark. So sollen u.a. die Vorkommnisse im Zusammenhang mit den Unruhen im Mai 1998 und dem Verschwinden mehrerer Studenten untersucht werden. Auch die bislang nie richtig aufgearbeiteten Ereignisse von 1965 sollen untersucht werden. Hierzu solle eine Commission on Truth and Reconciliation (KKR) eingesetzt werden. Damals waren mehrere 100.000 Kommunisten oder vermeintliche Kommunisten ermordet worden.

Die Außen- und Sicherheitspolitik von Yudhoyono will Jokowi offenbar fortsetzen. Er scheint für eine starke Rolle Indonesiens in der ASEAN-Staatengemeinschaft, einen besseren Schutz indonesischer Gastarbeiter in Asien und der Golfregion, eine konstruktive Rolle Indonesiens in regionalen und globalen Foren sowie eine institutionelle und inhaltliche Umstrukturierung des indonesischen Außenministeriums KEMLU zu stehen. Im Gegensatz zu Prabowo, der die Zusammenarbeit etwa mit Weltbank oder IMF zurückfahren wollte, kündigte Jokowi an, diese fortzusetzen.

Jokowi stellte ferner in Aussicht, in den kommenden fünf Jahren Indonesiens Militärausgabe auf 1,5 Prozent des BIP zu erhöhen, vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Rüstungswettlaufes in Südostasien keine allzu große Überraschung. Bereits unter Yudhoyono wurden erste Schritte zu einer umfangreichen Erneuerung der indonesischen Streitkräfte unternommen und verstärkt neue Rüstungsgüter aus dem Ausland – u.a. auch aus Deutschland – gekauft.

Jokowi versprach im Wahlkampf nicht nur die erwähnten wirtschafts- und sozialpolitischen Programme, sondern propagierte auch eine geistig-moralische Wende. Teil

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

DR. JAN WOISCHNIK
PHILIPP MÜLLER

11. Juli 2014

www.kas.de/indonesien

seiner Agenda war ein Manifest, das zu einer „mentalen Revolution (revolusi mental)“ und einem Umdenken in den Köpfen der Menschen aufrief. Er lobte die vielen Reformen, die Indonesien in den letzten 16 Jahren vollzogen hat, und würdigte unter anderem die Errungenschaften im Zusammenhang mit der demokratischen Verfassung inklusive freier und gleicher Wahlen sowie die fortschreitende regionale Autonomie und Dezentralisierung. Gleichzeitig betonte er, dass alle demokratischen, rechtsstaatlichen und zivilen Errungenschaften seit der reformasi begrenzt blieben, wenn nicht auch endlich mentale Reformen in den Köpfen der Menschen stattfänden. Problematische Angewohnheiten wie Korruption, Intoleranz und Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien dürften nicht weiter hingenommen werden. Er selbst werde den ersten Schritt tun und darauf hinarbeiten, dass die politischen und staatlichen Entscheidungsträger des Landes ab sofort verlässlich, verantwortungsbewusst und unbestechlich würden. Den Anfang soll die Besetzung hoher politischer und öffentlicher Ämter anhand von Kompetenz und Qualifikation machen.

Alter Wein in neuen Schläuchen?

Der Senkrechtstarter Jokowi und sein für Indonesien mehr als ungewöhnlicher Aufstieg vom Möbelhändler zum (möglichen) künftigen Staatspräsidenten und Regierungschef dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele seiner tatsächlichen politischen Empfehlungen, Vorhaben und Pläne bei weitem nicht neu oder gar revolutionär sind. Seit der indonesischen Unabhängigkeit schwankte das Land stets zwischen eher sozialistisch-protektionistischen und marktliberalen Politikentwürfen. Während Staatsgründer Sukarno zwar zu den Mitbegründern der „Bewegung der Blockfreien Staaten“ gehörte, seinem Land aber gleichzeitig eine sozialistische Wirtschaftspolitik beispielsweise im Bereich Landreform verordnete, lehnte sich sein Nachfolger Suharto – zumindest wirtschaftspolitisch – enger an die USA und den Westen an. Unter Yudhoyono schließlich öffnete sich das Inselreich besonders weit für ausländische Investitionen, Privatisierung und marktwirtschaftliche Reformen.

Jokowis Politik der gemäßigten Beschränkung ausländischer Einflussnahme auf wichtige Wirtschaftszweige des Landes ist also eher eine Rückbesinnung auf Altbekanntes als eine gänzlich neue, politische Idee.

Selbst im direkten Vergleich mit seinem Kontrahenten wirkten Jokowi's Ideen nicht immer besonders konträr. Obwohl die rivalisierenden Persönlichkeiten nicht unterschiedlicher hätten sein können, unterschieden sich die inhaltlichen Ideen und Konzepte von Jokowi und Prabowo oftmals nur geringfügig. Beide versuchten zunächst sich im Wahlkampf als legitime Nachfolger des Staatsgründers Sukarno darzustellen und die große Sehnsucht der Bevölkerung nach einem neuen Nationalbewusstsein zu befriedigen. Während Jokowi's Kandidatur öffentlichkeitswirksam in der Nähe des Geburtsorts von Sukarno bekanntgegeben wurde, nutzte Prabowo viele prestigeträchtige Symbole der Unabhängigkeit und die Sukarno- und Indonesien-typischen Farben weiß und rot. Seine Lösung für wichtige Fragen wie die Lebensmittel- und Energieversorgung war der Aufkauf gigantischer Landflächen, die den Indonesiern zur freien Verfügung gestellt werden sollten. Insgesamt sind seine wirtschaftspolitischen Ideen, von ihm als „ekonomi kerakyatan“ (people's economy) bezeichnet, nicht weit von derjenigen Jokowi's entfernt. Er bezog sich explizit auf nationalistische Experimente der Sukarno-Zeit, die unter Artikel 33 der indonesischen Verfassung von 1945 verwirklicht wurden. Danach soll die Wirtschaft nach einem Kooperationsprinzip organisiert und die wichtigsten Industrien vom Staat geführt werden. Bereits im Parlamentswahlkampf machte der Ex-General immer wieder mit protektionistisch-nationalistischen Aussagen auf sich aufmerksam. Der Einfluss internationaler Unternehmen und die damit einhergehende Ausbeutung Indonesiens müsse unbedingt gestoppt werden, so Prabowo. Auch die Zielgruppe teilte er sich mit Jokowi: vor allem bei „kleinen Leuten“, die sich nach der institutionellen und demokratischen Stagnation unter Yudhoyono eine signifikante Verbesserung der sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse wünschen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

DR. JAN WOISCHNIK

PHILIPP MÜLLER

11. Juli 2014

www.kas.de/indonesien

Bei der Personalauswahl geht Jokowi nicht komplett neue Wege. Prabowo und Hatta beriefen aufgrund der schieren Größe ihrer Sechs-Parteien-Koalition zwar fast ausschließlich Altvordere der beteiligten Parteien sowie zahlreiche Angehörige aus dem Sicherheitsapparat in ihr Wahlkampfteam. Allerdings ließ auch Jokowi, der im Wahlkampf wiederholt betont hatte, wichtige Ämter nicht anhand des Parteibuchs besetzen zu wollen, Parteifunktionäre der PDI-P, HANURA und PKB nicht komplett außer Acht. Gleichzeitig holte er auch unverbrauchte Persönlichkeiten in sein Wahlkampf- und Beraterteam, unter ihnen beispielsweise Anies Baswedan, Bildungsexperte und Rektor der angesehenen Privatuniversität Paramadina⁷, und Rizal Sukma, Exekutivdirektor des Think Tanks CSIS und einer der profiliertesten Außen- und Sicherheitspolitikexperten des Landes. Interessant wird, ob Jokowi auch bei der nun möglicherweise anstehenden Besetzung der einzelnen Ressorts seiner Aussage aus dem Wahlkampf treu bleibt und Ministerämter nicht nach Parteiproporz, sondern anhand fachlicher Eignung besetzt.

Auch Jokowi's Forderungen nach einer Erneuerung der politischen Kultur sind nicht völlig innovativ. Die Themen Transparenz, Verantwortungsbewusstsein und Korruptionsbekämpfung stoßen in der Bevölkerung zwar stets auf große Zustimmung, werfen aber gleichzeitig immer auch die Frage nach deren Realisierbarkeit auf.

Ausblick: Herausforderungen und Chancen

Trotz des von vielen ersehnten Sieges des politischen Antityps Jokowi ist keineswegs sicher, dass sich die mit seiner Präsidentschaft verbundenen Hoffnungen der Bevölkerung auf einen tiefgreifenden Wandel der politischen Kultur und eine substantielle Weiterentwicklung der indonesischen De-

mokratisierung mittel- bis langfristig in allen Bereichen erfüllen werden. Die sogenannte refomasi-Zeit hatte nach dem Ende der Suharto-Ära 1998 den Anfang gemacht und dem Land eine weitreichende Demokratisierung, Dezentralisierung sowie viele zivilgesellschaftliche Freiheiten gebracht. In den letzten Jahren ist die positive Entwicklung nach Meinung vieler Indonesier ins Stocken geraten. Die Korruptionsbekämpfung kommt trotz einiger spektakulärer Fälle nicht ausreichend voran, die unvollständige Dezentralisierung zeigt ihre Schattenseiten und die Durchsetzung rechtsstaatlicher Standards erfolgt oftmals nur halbherzig. Hinzu kommt das öffentliche Ansehen der politischen Klasse, das nach zahlreichen Korruptions- und Machtmissbrauchsfällen der letzten Jahre auf einen neuen Tiefpunkt zusteuert. All diese Entwicklungen haben den Aufstieg - und den sich abzeichnenden Wahlsieg - Joko Widodos maßgeblich möglich gemacht, der mittel- und langfristige Erfolg des 53-Jährigen bleibt dennoch abzuwarten.

Zur Durchsetzung des ambitionierten Reformkurses braucht es zuallererst parlamentarische und innerparteiliche Macht. Beides hat Jokowi bislang nur bedingt. Seine Vier-Parteien-Koalition verfügt über lediglich 40 Prozent der Sitze im Nationalparlament, so dass bei allen politischen Vorhaben und Projekten neu nach parlamentarischen Mehrheiten gesucht werden muss. Zu hoffen bleibt für Jokowi, dass sich insbesondere die PD doch noch in sein Lager schlagen wird; Staatspräsident Yudhoyono von der PD hatte sich insofern zuletzt uneindeutig verhalten. Mit Jusuf Kalla steht dem auf nationaler Ebene unerfahrenen Jokowi immerhin ein gewiefter politischer Kopf, ehemaliger Vize-Präsident, Minister und Vermittler zur Seite. Wie schwierig die parlamentarische Verabschiedung und Durchsetzung bestimmter politischer Vorhaben allerdings sein kann, hat vor allem die zweite Amtszeit von SBY gezeigt, als dieser in einer Sechs-Parteien-Koalition jedes einzelne Mal äußerst mühsam um Zustimmung ringen musste.

Nicht nur im Nationalparlament, sondern auch innerhalb der eigenen Partei dürften einige Herausforderungen auf Jokowi war-

⁷ Die Paramadina-Universität ist seit 2009 ein wichtiger und häufiger Kooperationspartner der KAS Indonesien, siehe z.B.

<http://www.kas.de/indonesien/de/publications/35614/>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

DR. JAN WOISCHNIK
PHILIPP MÜLLER

11. Juli 2014

www.kas.de/indonesien

ten. Die starke Frau im Hintergrund ist und bleibt Parteichefin Megawati Sukarnoputri, sie ist die Königsmacherin, die Jokowi erst – und nach einigem Zögern und Zaudern – auf den Kandidatenstuhl setzte. Kritiker behaupten deshalb, Jokowi werde nur so stark sein, wie sie es für richtig erachte. Über den Reformwillen Megawatis ist allerdings wenig bekannt. Hinzu kommt, dass Jokowi weder Mitglied des Präsidiums noch Vorsitzender eines einflussreichen Provinzverbandes oder einer anderen Parteiorganisation ist. Die fehlende Machtbasis innerhalb der PDI-P könnte also zu einer ernststen Herausforderung werden. Ohne absolute Loyalität seiner Partei, einen bedingungslosen Rückhalt der Verbände im ganzen Land sowie politische Netzwerke aller Art scheinen die Durchsetzung seiner Reformagenda, die Einführung eines neuen Politikstils und die Lösung nationaler Herausforderungen einen schweren Stand zu haben. Dass Jokowi Rückhalt in der PDI-P nicht grenzenlos ist, hatten bereits die Parlamentswahlen vom April gezeigt. Analysten waren im Vorfeld von einem Wahlsieg der PDI-P mit mindestens 25 Prozent ausgegangen, erreicht wurden letztendlich nur knapp 19 Prozent. Grund dafür war nicht zuletzt die bei einigen PDI-P-Kadern fehlende Bereitschaft, mit ihrem prominenten Spitzenkandidaten zu werben. Dieses machtpolitische Defizit wird auch die sonst so kongeniale Ergänzung Jusuf Kalla nicht ausgleichen können. Er selbst hat durch seine Kandidatur als Vizepräsident seine Partei GOLKAR in zwei Lager geteilt. Uneingeschränkter Rückhalt in der Partei hat auch er nicht mehr.

Abgesehen davon dürfte Jokowi bei all seinen visionären Ideen von einer mentalen Revolution des Landes vor allem auch sich selbst neu erfinden müssen. Das riesige, gesellschaftlich, ethnisch und politisch sehr komplexe Indonesien wird sich nicht mit der gleichen Methode regieren lassen wie die Provinzstadt Solo oder die Hauptstadt Jakarta. Die sogenannten blusukan, unangekündigte Besuche bei den Menschen und ihren Problemen vor Ort, die ihn besonders als Gouverneur von Jakarta auszeichneten und beliebt machten, werden bei einem 17.000 Inseln umfassenden Land mit drei verschiedenen Zeitzonen und oftmals

schwer zugänglichen Landesteilen nicht möglich sein. Wenn er die große Wandlungsbereitschaft, die er von der Bevölkerung erwartet, nicht selbst vorleben kann, wird früher oder später seine Glaubwürdigkeit darunter leiden.

Abzuwarten bleibt auch, ob Jokowi oftmals provisorisch wirkende Ideen tatsächlich in umsetzbare Konzepte münden und damit zu einer signifikanten Verbesserung der sozialen, ökonomischen und politischen Herausforderungen beitragen können. Im Zusammenhang mit seiner Forderung nach einer geistig-moralischen Wende und der Verbesserung des Bildungssystems forderte er etwa, dass in den Grundschulen des Landes wieder mehr Wert auf Charakterbildung gelegt werden müsse und kündigte gleichzeitig an, 80 Prozent der Zeit für die Ausbildung der Persönlichkeit der Schüler, und lediglich 20 Prozent für inhaltliche Fächer wie Naturwissenschaften verwenden zu wollen.⁸ Angesichts der zahlreichen Herausforderungen des indonesischen Bildungssystems wie der großen Anzahl unzureichend ausgebildeter und schlecht bezahlter Lehrer sowie veralteter Unterrichtsmethoden stellt sich die Frage, ob Charakterbildung tatsächlich das geeignete Mittel ist, damit Indonesien bei zukünftigen PISA-Tests der OECD im Bereich Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften nicht erneut am Ende der 65 Länder landet.⁹ Dabei wird das Thema Bildung in den kommenden Jahren noch brisanter werden, wenn 2015 in der ASEAN-Region ein gemeinsamer Binnenmarkt entsteht, umfangreiche Freizügigkeit für Arbeitnehmer herrscht und der indonesische Arbeitsmarkt mit gut ausgebildeten Arbeitnehmer benachbarter Staaten konfrontiert wird.

⁸ Yen Tzu-Chien, „So what is Jokowi's message?“, New Mandala, 9. Juni 2014, online unter <http://asiapacific.anu.edu.au/newmandala/2014/06/09/observingjokowiinaction/>

⁹ PISA 2013: Lessons for Indonesia, Jakarta Post, online unter <http://www.thejakartapost.com/news/2013/12/06/pisa-2013-lessons-indonesia.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

DR. JAN WOISCHNIK

PHILIPP MÜLLER

11. Juli 2014

www.kas.de/indonesien

Sollte Jokowi seine wirtschaftspolitischen Ankündigungen aus dem Wahlkampf tatsächlich in die Tat umsetzen, dürfte dies nicht zuletzt auch Implikationen für die Zusammenarbeit mit der EU und Deutschland haben. Indonesien ist unter Yudhoyono in den Kreis der G20-Staaten aufgestiegen und für die stetig wachsende, kauf- und konsumhungrige Mittelschicht spielt der Import ausländischer Produkte eine zunehmend große Rolle. Innerhalb der EU ist Deutschland der wichtigste Handelspartner Indonesiens. Bei einer in Zukunft eher protektionistischen Wirtschaftspolitik wäre nicht gesichert, dass sich die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen weiter uneingeschränkt positiv entwickeln.

Ungeachtet all dieser Herausforderungen und Schwierigkeiten besteht dennoch Hoffnung, dass sich das „Jokowimentum“ tatsächlich aufrechterhalten lässt und in eine Politik mündet, die Indonesien in den nächsten Jahren weitere wichtige Schritte gehen lässt. Seit dem Beginn der Demokratisierung 1998 war die Aufbruch- und Wechselstimmung und das Verlangen nach einem politischen und gesellschaftlichen Wandel nie so virulent wie aktuell. Die Tatsache, dass knapp 60 Prozent der bei den Parlamentswahlen im April gewählten Abgeordneten zum ersten Mal dem Nationalparlament angehören und damit Neulinge sind, lässt hoffen, dass die Wende hin zu einer neuen politischen Kultur auch von einer breiteren Basis politischer Entscheidungsträger mitgetragen wird.

Hinzu kommt, dass Indonesien – gemessen an der Bevölkerungsstruktur – ein sehr junges Land ist. Knapp 30 Prozent der Wähler bei den Parlamentswahlen waren jünger als 30 Jahre. Besonders in dieser Altersgruppe genießt Jokowi großen Rückhalt. Hinter ihm und seinen Ideen scheint also ein Gutteil der zukünftigen Generation zu stehen. Beides zusammen – die junge Bevölkerung sowie deren Unterstützung – könnte eine wichtige Voraussetzung dafür sein, dass Jokowi und seinen Ideen die Zukunft des Landes gehört.